

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 21. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises**  
**in der 10. Wahlperiode 2014/2019**  
in Kirchheimbolanden, kleiner Sitzungssaal  
am Dienstag, den 21. Februar 2017, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

**I. Eröffnung und Begrüßung**

Landrat Werner eröffnet die 21. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

**II. Tagesordnung**

**A) Öffentlicher Teil**

1. Genehmigung der Niederschrift der 20. Sitzung vom 31.01.2017
2. Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises  
Entsorgung und Verwertung des Grünschnittes der fünf Grüngutsammelplätze im Donnersbergkreis
3. Vergabe zur Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Donnersbergkreis
4. Vergabe des Gerätewagens Atemschutz, Bekanntgabe einer Eilentscheidung
5. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Donnersbergkreis

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Landrat Werner die Beschlüsse aus der letzten nicht öffentlichen Sitzung vom 31.01.2017 bekannt.

## **A) Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 20. Sitzung vom 31.01.2017

### I. Sachverhalt:

Landrat Werner fragt nach Änderungswünschen. Solche werden nicht geäußert.

### II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 20. Sitzung vom 31.01.2017.

-----

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:      Abfallwirtschaft des Donnersbergkreises  
Entsorgung und Verwertung des Grünschnittes der fünf  
Grüngutsammelplätze im Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Dezernatsreferent Albert Graf stellt das Öffnungszeitenkonzept der Grüngutsammelplätze vor:

„Der Landkreis Donnersbergkreis hält für seine Bürgerinnen und Bürger sowie für gewerbliche Anlieferungen aus dem Kreis fünf Grüngutsammelplätze vor. Das Anliefern war bislang für den Privathaushalt ohne Einschränkung zu jeder Tageszeit auf allen Plätzen möglich. Lediglich für gewerbliche Anlieferungen galt eine Anlieferzeit, in welcher auch das Zufahren mit großen Fahrzeugen angeboten wurde.

Aufgrund der im Laufe der Jahre kontinuierlich gestiegenen Grüngutmengen und der zunehmenden Problematik der Störstoffe soll dem unkontrollierten Ablagern durch die Schaffung von festen Öffnungs- und Anlieferzeiten sowie unangemeldeten Sichtkontrollen der Plätze entgegengewirkt werden.

Das neue Konzept sieht im Wesentlichen folgende Punkte vor:

- Einheitliche Öffnung aller Plätze in den Monaten April bis September an vier Tagen in der Woche von 10.00 – 18.00 Uhr sowie in den Monaten Februar, März, Oktober und November an vier Tagen in der Woche von 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr. Montag, Mittwoch und Sonntag bleiben alle Plätze geschlossen
- Wintermonate Dezember und Januar bleiben ebenfalls alle Plätze geschlossen
- Gewerbliche Anlieferungen werden ausschließlich auf den Sammelplätzen in Katzenbach und Bolanderhof einmal wöchentlich für drei Stunden angeboten
- Eine zusätzlich eingestellte Vollzeitkraft (EGr. 3) wird die kostenpflichtige gewerbliche Grüngutannahme abwickeln und auf allen Plätzen kontinuierlich Sichtkontrollen durchführen“

Gerd Fuhrmann (SPD) schlägt vor, gegenüber dem Verwaltungsvorschlag, die Öffnungszeiten zu erweitern. Seiner Meinung nach sollen die Plätze in den Sommermonaten von 08.00 – 20.00 Uhr geöffnet sein und in den Wintermonaten bis 17.00 Uhr. Zusätzlich sollen die Plätze montags geöffnet sein; mittwochs könnten gewerbliche Anlieferungen stattfinden. Dieses Konzept sollte auch erst mal für eine Zeit von rd. 2 Jahren befristet werden, um zu sehen, ob dieses von den Bürgern angenommen wird oder ob Veränderungsbedarf besteht.

Gunther Rhein (CDU) merkt an, eine zusätzlich eingestellte Vollzeitkraft soll die kostenpflichtigen gewerblichen Grüngutanlieferungen abwickeln. Er möchte wissen, wie mit dem Grünschnitt der Kommunen künftig umgegangen wird. Denn seiner Meinung nach sollten die Preise nicht nur auf die Bürger umgelegt werden; viel mehr gilt es auch die Kommunen für die Entsorgung ihres Grünschnittes zur Kasse zu bitten. Ferner fragt er nach der Handhabung der Mengenerfassung. Der von Herrn Fuhrmann vorgeschlagenen Erweiterung der Öffnungszeiten widerspricht er. Seiner Meinung nach wären diese, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, ausreichend. Allerdings äußert er Bedenken dahin gehend, dass nach dem völligem Verschließen (Tor + Zaun) der Plätze, die Grünschnittmengen dann evtl. außerhalb der Öffnungszeiten vor den Toren illegal abgelagert werden könnten.

Albert Graf verdeutlicht kommunale Abfälle konnten bislang kostenlos angeliefert werden und es soll auch künftig so bleiben. Die Erfassung der Mengen erfolgt über die Maßeinheit der Kubikmeter, denn auch die Gebühr ist als Kubikmeterpreis in der Abfallsatzung ausgewiesen. Zu der möglichen Ablagerung vor den Toren merkt Albert Graf an, dass hier verstärkt Aufklärungsarbeit zu leisten sein wird, um dies zu vermeiden.

Dass Kontrollen leider notwendig sind, konnte man bereits feststellen, erwähnt Lisett Stuppy (B90/Grüne). Sie begrüßt das nun vorliegende Ideenkonzept. Wichtig hierbei sei eine großzügige Regelung der Öffnungszeiten, um auch berufstätigen Bürgern den Zugang zu den Plätzen zu gewährleisten. Aus diesem Grund schließt sie sich dem Vorschlag von Gerd Fuhrmann an, die Öffnungszeiten entsprechend auszuweiten. Auch die zunächst vorgeschlagene Befristung des Konzeptes nimmt sie positiv auf und unterstützt diese.

Christian Ritzmann (FDP) stellt fest, dass bei den privaten Anlieferungen immer noch keine Vor-Ort-Kontrollen stattfinden würden. Die Plätze werden lediglich morgens geöffnet und abends wieder zugeschlossen. Die Bürger können in dieser Zeit auf den Plätzen frei zugänglich ihr Grüngut abliefern und das Material müsste im nachhinein erneut kontrolliert werden.

Albert Graf bestätigt, dass keine generelle Vor-Ort-Kontrolle stattfindet. Allerdings würde die eingestellte Kraft in unregelmäßigen Abständen alle Plätze anfahren und kontrollieren. So könnten

die Störstoffe eventuell frühzeitiger entdeckt werden. Falls die Anlieferung einer Person zugeordnet werden kann, so stellt dies eine Ordnungswidrigkeit dar und müsste dementsprechend geahndet werden.

Christian Ritzmann (FDP) fragt sich, ob eine Überprüfung durch die Landwirte, die die Plätze eh auf und zuschließen müssen, nicht sinnvoller wäre. Denn beim Zusammenschieben des Grünschnittes mit einem Radlader sei die Wahrscheinlichkeit auf Störstoffe aufmerksam zu werden, wesentlich höher als durch eine Kontrolle per Hand. Möglicherweise wäre es effektiver hier die Landwirte zu regelmäßigen Überprüfungen vertraglich zu verpflichten als für eine Vollzeitkraft 38.000 € auszugeben.

Albert Graf berichtet, dass in den letzten 15 Jahren bereits einige Erfahrungen gesammelt werden konnten. Und die Praxis sieht so aus, dass die Landwirte je nach Ablagerung der Mengen in der Saison 1x in der Woche bis 1x im Monat die Grünschnittmengen einfach nur zusammenschieben. Sollten sich Störstoffe unter dem Grünschnitt befinden, würde es selbst mit einer guten technischen Ausstattung, wie z. B. einem Radlader nur schwer gelingen, diese festzustellen. Die Landwirte sind natürlich hier auch ein Stück weit gehalten, darauf zu achten. Da künftig allerdings das Material landwirtschaftlich nicht mehr verwertet wird, ist das Interesse ihrerseits nicht ganz so stark. Albert Graf betont, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen sicherlich nicht eine 100 %-ige Lösung des Problems darstellen, aber man versucht damit das Problem stärker in den Griff zu bekommen.

Ulrich Kolb (FWG) möchte sich dem Vorschlag von Gerd Fuhrmann zur Ausweitung der Öffnungszeiten anschließen, denn gerade in den Sommermonaten sollten lange Öffnungszeiten für die Bürger gewährleistet sein. Die Einstellung einer Vollzeitkraft sieht er eher als eine Art Abschreckung an diejenigen, die illegale Stoffe abliefern und so von dieser eventuell dabei erwischt werden können. Eine solche Vorgehensweise hält er für sinnvoller, als den Versuch dies nur über die Landwirte lösen zu wollen.

Für Rudolf Jacob (CDU) sei es unstrittig, dass eine gewisse Problemlage besteht, die auch Maßnahmen erfordert. Er zweifelt jedoch an, dass die vorgeschlagenen Schritte tatsächlich im Zweifelsfall zum Erfolg führen werden. Seine Überlegung sei die, die Plätze, die ja flächenmäßig nicht besonders groß sind, mit jeweils zwei Kameras zu überwachen. Dies könnte eine durchaus günstigere und vielleicht sogar eine Erfolg versprechendere Alternative sein. So könnten unter Umständen auch die Anlieferer von illegalen Stoffen ermittelt werden. Er persönlich konnte damit im kommunalen Bereich bereits sehr gute Erfahrungen machen. Die Kosten würden schätzungsweise pro Platz bei etwa 5.000 € liegen.

Albert Graf merkt an, diese Variante wurde von der Verwaltung ebenfalls geprüft. Er kann die Aussage mit den geschätzten Kosten durchaus unterstreichen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Grüngutplätze in den meisten Fällen weit außerhalb liegen, sodass er die Befürchtung hat, dass die Kameras geklaut werden könnten. Er erinnert daran, dass auf der Deponie in Winnweiler die komplette PV-Anlage entwendet worden ist. Zusätzlich sei zu beachten, dass die Kameras ausgelesen werden müssten, was sich ebenfalls nicht so einfach gestalten lässt.

Rudolf Jacob (CDU) kann von keinen Schwierigkeiten beim Auslesen berichten. Im Gegenteil – es funktioniere gut. Bei der Auswahl der Standorte für die Kameras sollte natürlich darauf geachtet werden, dass diese nicht unbedingt in 1,50 m Höhe aufgebaut sind, sondern entsprechend an anderen schwerer zugänglichen Stellen. Seiner Meinung nach würde diese Alternative eine deutlich wirtschaftlichere, bürgerfreundlichere und wahrscheinlich eine erfolgsversprechendere Variante darstellen.

Dr. Jamill Sabbagh gibt zu bedenken, es ginge nicht nur darum, was angeliefert wird, sondern auch von wem. Er macht immer wieder die Erfahrung, dass doch auch einige Fremdanlieferer aus Nachbarkreisen ihr Grüngut hier abladen. Die geplanten Schließ- und Öffnungszeiten findet er gut, denn die Bürger haben nach wie vor die Möglichkeit ihr Grüngut anzuliefern, nur eben zu bestimmten Zeiten. Den Vorschlag, Überwachungskameras anzubringen, kann er unterstützen.

Für Ulrich Kolb (FWG) stellt sich bei einer Kameraüberwachung folgendes Problem: eine solche Art der Überwachung dient lediglich der Abschreckung. Möchte man hingegen Personen tatsächlich ausfindig machen, die illegal anliefern, müssen die Kameras ausgelesen werden. Allein für diese Tätigkeit benötigt man eine Vollzeitstelle.

Christa Mayer (SPD) pflichtet der Aussage von Ulrich Kolb bei, zumal es auch rechtliche Vorschriften gibt, wie lange solche Daten aufbewahrt werden dürfen. Sie spricht sich für einen personellen Einsatz aus, der zufällig die Plätze anfährt und kontrolliert. Die Vorgehensweise, die Menschen anzusprechen und mit ihnen in Kontakt zu kommen sei durchaus effektiver als die anonyme und videoüberwachte Kontrolle.

Bernd Frey (SPD) setzt sich verstärkt für die Schließzeiten ein. Er bekommt immer wieder von Anwohnern berichtet, dass im Sommer samstags teilweise bis 23.00 Uhr und sonntags angeliefert wird. Eine Schließung hält er für sinnvoll.

Über technische Möglichkeiten nachzudenken, sei nicht verkehrt, so Christian Ritzmann (FDP). Er könnte sich sogar vorstellen, dass gerade im Bereich der Gewerbeanlieferungen das Verfahren über eine APP abgewickelt werden kann. Heutzutage sei der Einsatz neuer Techniken bei

allen möglichen Aktivitäten denkbar und möglich. Diese Möglichkeit wäre vorab zu prüfen, bevor hier 38.000 € Personalkosten ausgegeben werden.

Rudolf Jacob (CDU) hält die Idee mit der App für den jetzigen Zeitpunkt noch nicht praktikabel. Er konkretisiert, dass sein Vorschlag mit der Kameraüberwachung nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Es wäre allerdings durchaus sinnvoll, es auszuprobieren, und bietet hierfür den Platz in Winnweiler an. Neben dem Grüngutplatz befindet sich eine landwirtschaftlich genutzte Halle, auf deren Dach höchstwahrscheinlich die Kameras auch installiert werden können. Zum anderen klärt er auf, es gäbe verschiedene Möglichkeiten die Kameras einzustellen. Diese nehmen dann nicht 24 Stunden am Tag auf, sondern lediglich bei vordefinierten Vorfällen. Dies kann Bewegung oder Bewegung über einen bestimmten Zeitraum sein; dies kann über einen Infrarotsender geschehen, der die Wärme misst usw. Es gibt ganz viele verschiedene Möglichkeiten, die zum Einsatz kommen können. Seiner Meinung nach kann der Hinweis auf eine Kameraüberwachung im Hinblick auf die Fehlablagerungen durchaus erfolgreich sein.

Michael Cullmann (SPD) ist der Meinung, dass jegliche Einschränkungen der Bürger in diesem Bereich negative Folgen mit sich bringen können. So befürchtet er beispielsweise bei verschlossenen Plätzen die Ablagerung entweder vor dem Tor oder in der Natur. Die Anlieferungen sonntags, wie von Bernd Frey berichtet, sind für die Anwohner belastend, sodass eine Schließung am Sonntag durchaus gerechtfertigt erscheint. Ansonsten sollte die Zufahrt zu den Plätzen schon relativ lange offen gehalten werden.

Ulrich Kolb (FWG) schlägt vor, hier zweigleisig zu fahren. An zwei Plätzen soll eine Videoüberwachung installiert werden. Die restlichen Plätze sollen zunächst von der eingestellten Halbtagskraft kontrolliert werden. Die Öffnungszeiten sind hierbei einheitlich und großzügig zu regeln. Auf diese Weise könnte man mit beiden Vorgehensweisen seine Erfahrungen sammeln und nach einer gewissen Zeit ein Resümee ziehen.

#### Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt für die fünf Grüngutsammelplätze folgendes Öffnungszeitenkonzept:

### ***Privatanlieferungen***

#### Öffnungszeiten in den Sommermonaten April - September

Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, Samstag:	08.00 – 20.00 Uhr
Mittwoch und Sonntag:	geschlossen

### Öffnungszeiten in den Wintermonaten Februar, März, Oktober, November

Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, Samstag: 08.00 – 17.00 Uhr

Mittwoch und Sonntag: geschlossen

### **Gewerbliche Anlieferungen** (nur auf den Plätzen Katzenbach und Bolanderhof)

Mittwochs: jeweils 3 Stunden (vormittags/nachmittags)

In den Monaten Dezember und Januar bleiben alle Grüngutplätze geschlossen.

Zusätzlich wird eine Kraft mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eingestellt. An 2 Plätzen (Winweiler + 1 ein weiterer Standort) werden Überwachungskameras angebracht. Das Konzept soll zunächst 2 Jahre lang erprobt werden; nach 1 Jahr soll ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Albert Graf informiert weiterhin über den Vertragsabschluss mit der AGRINOM GmbH:

„Bis zum 31.12.2016 wurde neben der Verwertung und Entsorgung des gesammelten Grüngutes im Rahmen einer Zweckvereinbarung mit der Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn, der Betrieb der Plätze sowie die Annahme von gewerblichem Grüngut vertragsgemäß von der Firma AGRINOM GmbH übernommen. Die Zweckvereinbarung sowie der Vertrag über den Betrieb der Plätze endeten zum 31.12.2016. Mit Beschluss des Kreistages vom 05.10.2016 wurde zum 01.01.2017 für die Dauer von mindestens fünf Jahren eine neue Zweckvereinbarung zwischen der Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn und dem Landkreis Donnersbergkreis über das Aufbereiten sämtlicher Grüngutmengen und die Verwertung des Grünschnitt-Grobanteils geschlossen.

Der Vertrag mit der Firma AGRINOM GmbH über die Bereitstellung und den Betrieb der Plätze soll, angepasst an das neue Öffnungszeiten- und Verwertungskonzept, ebenfalls ab dem 01.01.2017 für die Dauer von fünf Jahren mit einer zweimaligen Verlängerungsoption von jeweils einem Jahr geschlossen werden. Die jährlichen Kosten für den Platzbetrieb belaufen sich auf 82.500,00 € netto zzgl. der gesetzlichen MwSt. (98.175,00 € brutto) sowie jährlich 6.956,00 € netto (8.277,00 € brutto) für die Übernahme des Schließdienstes.

Die Firma AGRINOM hat sich als Platzbetreiber zusammen mit den Landwirten, die Eigentümer, der als Grüngutsammelplätze genutzten Flächen sind, in den vergangenen Jahren als verlässlichen Vertragspartner gezeigt. Das Sammelkonzept hat sich bewährt und wird von den

Bürgerinnen und Bürgern im Donnersbergkreis gut angenommen. Die Verwaltung empfiehlt daher den Abschluss eines weiteren Vertrages.“

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises beschließt den Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb der fünf Grüngutannahmepplätze im Donnersbergkreis mit der AGRINOM GmbH, Alzey rückwirkend zum 01.01.2017 für mindestens fünf Jahre mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Abschließend erläutert Albert Graf den Sachverhalt zur Verwertung des Feinanteils:

„Ausgehend von einer Jahresmenge von rd. 12.000 Tonnen gesammelten Grünschnitts fallen neben rd. 40 % Grobanteil (rd. 4.800 t) noch rd. 60 % Feinanteil (rd. 7.200 t) an. Verladung, Transport und Verwertung dieses Feinanteils sollten im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens vergeben werden. Es lagen zwei Angebote vor, von denen eines von dem Bieter zurückgezogen wurde. Das zweite Angebot (29,55 € netto/Tonne) lag im Preisniveau deutlich über der kalkulierten Summe (18,90 € netto/Tonne) und war daher aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit aufzuheben. Die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK), Anstalt des öffentlichen Rechts, hat nun die Verladung vor Ort, den Transport und die Verwertung des Feinanteils im Rahmen einer Zweckvereinbarung für einen Preis von 21,30 € netto/Tonne angeboten. Über den Abschluss der Zweckvereinbarung entscheidet der Kreistag.

Zusammengefasst kalkulieren sich die o.g. Kosten der Grüngutverwertung im Donnersbergkreis ausgehend von einer jährlichen Sammelmenge von rd. 12.000 t unter Berücksichtigung des Öffnungszeitenkonzepts wie folgt:

Kosten Platzbetrieb und Schließdienst: (AGRINOM)	106.500,00 €	Bisher (2015) 108.400,00 €
Kosten Vollzeitkraft:	38.000,00 €	0,00 €
Kosten Aufbereitung und Verwertung Grobanteil: (ZV Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn)	88.600,00 €	0,00 €
Kosten Verladen, Transport und Verwertung Feinanteil: (ZV Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn)	0,00 €	175.000,00 €
Kosten Verladen, Transport und Verwertung Feinanteil: (ZV ZAK )	<u>182.500,00 €</u>	_____
	<b>415.600,00 €</b>	<b>283.400,00 €“</b>

Funck Peter (FWG) fragt an, was bei der ZAK mit dem Feinanteil geschieht und wie es weiter verarbeitet wird.

Albert Graf informiert die Verarbeitung findet in einer sogenannten Kaskade statt. Dort wird ein Teil energetisch verwertet; der verbleibende Anteil wird kompostiert und als Gütekompost angeboten, der auch in der Landwirtschaft verwendet werden darf.

Christian Ritzmann (FDP) fragt nach der Laufzeit der Zweckvereinbarung. Er weist darauf hin, dass momentan ein Modellversuch läuft, bei dem die Möglichkeit geprüft wird, ob der Feinanteil landwirtschaftlich genutzt werden kann. Eventuell sollte die Vereinbarung dann nur so lange geschlossen werden, bis die Ergebnisse dieses Modellversuchs vorliegen.

Da der Kreis eine Entsorgungssicherheit braucht, kann die Zweckvereinbarung lt. Albert Graf erst nach Ablauf von 5 Jahren gekündigt werden. Die Verträge mit dem Maschinenring und die Vereinbarung mit der Gemeinde Enkenbach-Alsenborn haben die gleiche Laufzeit.

Die Aussagen der ADD und des Maschinenrings zum Modellversuch seien nicht sehr erfolgversprechend. Um dieses Ziel zu erreichen wird ein sehr aufwendiges Analyseverfahren benötigt, sodass in absehbarer Zeit mit keinen Ergebnissen zu rechnen ist.

#### Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises empfiehlt den Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) zur Übernahme, Transport und Entsorgung/Verwertung des von den fünf Grüngutsammelplätzen im Donnersbergkreis anfallenden Grünschnitt-Feinanteils mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (mit 1 Enthaltung)

-----

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Vergabe zur Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Albert Graf: „Der Kreisausschuss hat am 15.10.2015 den Beschluss gefasst, ein kreisweites Klimaschutzkonzept auf den Weg zu bringen und einen entsprechenden Förderantrag zu stellen. Die Konzepterarbeitung soll in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Verbands- und Ortsgemeinden erfolgen. Mit den Verbandsgemeinden Alsenz-Obermoschel, Eisenberg, Göllheim, Kirchheimbolanden und Winnweiler wurde eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Rockenhausen besitzt bereits ein Integriertes Klimaschutzkonzept.

Zur Weiterentwicklung des Donnersberger ENergieKonzeptes DENK wurde ein Antrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes unter dem Titel „DENK WEITER“ beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Projektträger Jülich) gestellt. Bei einer anerkannten Projektsumme von rund 106.000,00 € wurden Fördermittel in Höhe von 96.177,00 € (91 %) zugesagt.

Folgende Anbieter / Anbieterinnen wurden mit Übersendung eines Pflichtenheftes eingeladen, ein Angebot abzugeben:

1. TSB - Transferstelle Bingen, Bingen
2. IfaS - Institut für angewandtes Stoffstrommanagement, Birkenfeld
3. Ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg
4. Technische Universität Kaiserslautern, Fachgebiet Immobilienökonomie, Prof. Dr. Kurzrock
5. REE-Mix GmbH, Landau
6. IZES, Institut für ZukunftsEnergieSysteme, Saarbrücken

Folgende Anbieter / Anbieterinnen haben ein Angebot eingereicht und darüber hinaus sich und ihr Angebot im Umweltausschuss am 08.02.2017 vorgestellt:

1. IfaS - Institut für angewandtes Stoffstrommanagement, Birkenfeld
2. REE-Mix GmbH, Landau
3. TSB - Transferstelle Bingen, Bingen

Bei der Vorstellung der Angebote konnte die REE-Mix GmbH am meisten überzeugen. Die Präsentation der eigenen Firma, der Referenzen und Personen, aber auch der Vorgehensweise im bevorstehenden Projekt war sehr anschaulich, transparent und informativ.

Der Geschäftsführer Herr Dr. Jergentz konnte einen Regionalbezug und speziell den Bezug zum Donnersbergkreis herstellen. Er stellte ein GIS-basiertes Klimaschutz-Portal vor, welches dem Donnersbergkreis auch über die Projektzeit von den 12 Monaten hinaus als geeignetes Instrument dient, die Klimadaten zu verwalten und für jedermann im Internet abrufbar und anschaulich zu machen.

Der Moderator Herr Christoph Weinmann, der die Workshops und Sitzungen im Donnersbergkreis leiten würde, stellt vor, wie er sich die Akteursbeteiligung vorstellt. Bei seiner Präsentation wurde schnell klar, dass er es schaffen kann, die DonnersbergerInnen abzuholen, ins Boot zu holen und zu motivieren. Der Maßnahmenkatalog und die das Handlungskonzept werden von der Basis aus entwickelt, von den Menschen und Akteuren im Donnersbergkreis, sie werden nicht von oben herab dirigiert. REE-Mix hat die Erfahrung gemacht, dass nur so auch eine Umsetzung der Maßnahmen später verwirklicht werden kann.

Das Donnersberger Klimaschutzportal als Instrument zur Datenverarbeitung und die Akteursbeteiligung zur Entwicklung der Maßnahmen sind somit die wichtigsten Bausteine bei der Erstellung des Konzeptes.

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss die Firma REE-Mix aus Landau zu beauftragen.“

Lisett Stuppy (B90/Grüne) begrüßt die heutige Vergabe, die den Kreis einen weiteren Schritt näher zum Klimaschutzkonzept bringt. Sie hat die Vorstellung der Firma REE-Mix im Umweltausschuss miterlebt, die u.a. eine wahnsinnig große Akteursbeteiligung angekündigt hat. So sollen nicht nur Bürger, sondern auch Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Kommunen mit eingebunden werden. Denn Klimaschutz soll begeistern und als Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen werden. Des Weiteren bietet die Firma REE-Mix ein Portal an, das als Kommunikationsplattform oder zur Öffentlichkeitsarbeit dienen kann. Zum anderen können aber auch Maßnahmen und Ergebnisse dort eingesehen werden. Lisett Stuppy unterstützt daher die Vergabe an die Firma REE-Mix.

Klaus Hartmüller (CDU) teilt mit, dass auch die Stadt Kirchheimbolanden ein integriertes Klimaschutzkonzept vorweisen kann, das insgesamt im Internet eingestellt ist. Sollten jedoch darüber hinaus Daten benötigt werden, können diese selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden.

Christian Ritzmann (FDP) ~~wirft den Anwesenden vor, in diesem Bereich Symbolpolitik zu betreiben.~~<sup>1</sup> Der Kreis habe genug andere Probleme, die Priorität hätten, wie z.B. Infrastruktur oder die Probleme im Bereich der Zuwanderung. Seiner Meinung nach besteht jetzt schon in allen Bereichen eine Regelungsdichte, die Ziele einer CO2 Vermeidung vorgibt. Bei der geplanten Ausgabe von 100.000 € fragt er nach dem tatsächlichen Mehrwert für die Bürger. Er findet es völlig falsch, dass sich kommunale Parlamente auf allen Ebenen mit diesen Modethemen befassen. Seiner Meinung nach sollte man sich auf die Kernaufgaben kommunalen Tuns beschränken. Die Bürger haben auch so alle Möglichkeiten sich zu informieren, wie man sich umweltbewusst verhält – sei es über das Internet, freie Bildungsträger, Volkshochschulen etc.

Wenn es um das Thema Klimaschutz geht, scheint es keine Knappheiten zu geben. Schaut man sich jedoch die Infrastruktur oder die DSL-Versorgung an, so wird immer von Restriktionen gesprochen. Weil diese Mittel vom Steuerzahler aufgebracht werden, kann Christian Ritzmann einer Finanzierung, auch bei einer so hohen Bezuschussung, nicht zustimmen.

Landrat Werner stellt fest, Christian Ritzmann erwecke den Eindruck, dass im Kreis sehr einseitig gehandelt wird und für weitere Zwecke keine Mittel zur Verfügung stünden. Er verweist auf den Haushaltsplan, der Ausgabeansätze in Millionenhöhe für Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen enthält. Ebenso sei das das Thema DSL und schnelles Internet mit ein Bestandteil des im Dezember verabschiedeten Haushaltsplanes. Es passiert also sehr viel im Kreis, unterstreicht Landrat Werner. Den Wortbeitrag von Christian Ritzmann stuft er als die Fortsetzung der Haushaltsrede ein, bei dem keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung jeglicher Art gemacht werden, sondern lediglich ein allgemeines Kritisieren des Verwaltungshandelns darstellt.

Michael Cullmann (SPD) stellt klar Klimaschutz sei kein Modethema, sondern eine Angelegenheit, die jeden immer mehr betrifft. Er erinnert an die extremen Hochwasser in den VG Rockenhausen und Alsenz-Obermoschel, die für den Klimawandel lediglich als Indizien zu werten sind. Es sei daher sinnvoll in den Klimaschutz zu investieren und die vorgestellte Maßnahme zu unterstützen.

Dr. Jamill Sabbagh (3. Kreisbeigeordneter) betont, es sei unstrittig, dass Klimawandel stattfindet. Und deswegen war es auch richtig und gut, dass vor einigen Jahren Mittel im Bundeshaushalt für die Erstellung der Klimaschutzkonzepte eingestellt wurden. Die FDP hat damals diese Entscheidung mitgetragen. Es sei wichtig, dass diesbezüglich in der Bevölkerung, in Kommunen und Betrieben ein Umdenken stattfindet. Er gibt zu bedenken, dass im Nachgang so ein Klimaschutzkonzept ein viel höheres Investitionsvolumen mit sich bringt, als die hierfür eingesetzten 100.000 €. Denn die dort definierten Maßnahmen müssen letztendlich von den Handwerkern und Betrieben vor Ort umgesetzt werden und kommen somit der Wirtschaft in der Region zu Gute.

---

<sup>1</sup> Siehe Nachtrag vom 03.04.2017

Christian Ritzmann (FDP) kann der Tatsache, dass Klimawandel stattfindet, durchaus zustimmen. Er ist allerdings überzeugt davon, dass diese 100.000 € beispielsweise besser regional im konkreten Hochwasserschutz eingesetzt wären oder bei einem bestimmten Projekt vor Ort anstatt den Bürgern durch eine Schaufensterpolitik zu signalisieren, dass in diesem Bereich im Kreis etwas geschieht. Er ist der Meinung Klimaschutz lässt sich nur über ein gesellschaftliches Engagement gestalten und nicht über Zeichensetzung klammer Kommunalpolitiker, denn die allermeisten Bürger haben bereits viele Maßnahmen zum Klimaschutz verinnerlicht. Aus diesem Grund findet er diese Investition nutzlos.

Klaus Hartmüller (CDU) stört sich an dem Wort „Symbolpolitik“. Er hofft, dass sich künftig auch noch weitere Beträge im Bereich Klimaschutz im Kreishaushalt wiederfinden. Die Stadt Kirchheimbolanden konnte bereits einige Maßnahmen in diesem Bereich durchführen, wie z.B. Förderung von Energieeffizienzpumpen oder Zuschüsse beim Austausch der Tiefkühltruhen. Es geht nämlich darum, das Bewusstsein bei den Bürgern für dieses Thema zu schärfen und zu vermitteln, dass auch im Kleinen viel bewirkt werden kann.

Landrat Werner unterstreicht die Aussage und betont, dass auch der Kreis im Kleinen anfangen will. Denn wenn gar nichts getan wird, wird auch nichts erreicht.

## II. Beschluss:

Die Firma REE-Mix aus Landau wird beauftragt, ein integriertes Klimaschutzkonzept für den Donnersbergkreis (DENK WEITER) zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:           13 Ja-Stimmen  
  1 Nein- Stimme (FDP)

-----

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Vergabe des Gerätewagens Atemschutz, Bekanntgabe einer Eilentscheidung

I. Sachverhalt:

Dezernent Fabian Kirsch: „Der kreiseigene Gerätewagen Atemschutz, stationiert bei der Feuerwehr Rockenhausen, steht zur Ersatzbeschaffung an.

In der Sitzung am 08.11.2016 wurde bereits die Grundsatzentscheidung zur Beschaffung getroffen. Dabei wurde auch bereits darauf hingewiesen, dass aufgrund der engen Fristen möglicherweise eine Eilentscheidung erforderlich wird.

Die Gesamtmaßnahme wurde ausgeschrieben. Die Submission war am 16.12.2016.

Die Firma BINZ Ambulance- und Umwelttechnik GmbH hat als einziger Hersteller ein Angebot zu Lieferung und Aufbau des Fahrzeuges abgegeben.

LOS 1 Fahrgestell: 65.878,40 €

LOS 2 Fahrzeugaufbau: 167.505,59 €

Die Maßnahme wurde bereits im Vorjahr durch die Beschaffung von Beladung begonnen. Derzeit liegt eine Zusage des Landes zur Bezuschussung der Maßnahme bis zum Ende der Frist am 31.12.2017 vor.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert dieses Fahrzeug mit insgesamt 63.000 €. Im Finanzhaushalt 2016 stehen noch 56.036 € zur Verfügung. Weitere 56.347,99 € werden im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit (Für den Einsatzleitwagen Kat.-Schutz für SEG wurde uns 60.000 € für 2016 zugesagt, die nicht im Haushalt 2016 eingeplant waren) zur Verfügung gestellt. Der Restbetrag von 121.000 € und der entsprechende Landeszuschuss haben wir im Haushalt 2017 veranschlagt.

Der Kreisvorstand hat der Vergabe am 22. Dezember zugestimmt.“

Rudolf Jacob (CDU) erscheint der Preis in Anbetracht der Tatsache, dass das Land einen viel

geringeren Preis zugrunde legt, zu hoch. Seiner Meinung nach hätte die Verwaltung in Erwägung ziehen können, die Ausschreibung aufgrund der Unwirtschaftlichkeit aufzuheben.

Dezernent Fabian Kirsch erwähnt, man habe sich schon im Vorfeld bei anderen Feuerwehren umgehört, was diese für vergleichbare Fahrzeuge bezahlt haben. Die vom Land anerkannten Kosten stimmen in keinem Fall mit den tatsächlichen Kosten überein. Bei diesem Fahrzeug speziell sei einer der Kofferaufbau teurer geworden, weil sich die technischen Voraussetzungen diesbezüglich geändert haben. Hinzu käme noch, dass die Fahrzeuge im Vergleich zu früher aufgrund der Umsetzung der Euro 6 Norm teurer geworden sind.

## II. Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Entscheidung des Kreisvorstandes vom 22. Dezember 2016 zustimmend zur Kenntnis.

-----

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Donnersbergkreis

#### I. Sachverhalt:

Dezernatsreferent Albert Graf: „Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 05.10.2016 der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes zugestimmt. In Punkt 5. des Beschlusses ist festgehalten, dass der Antrag auf Errichtung eines Förder- und Beratungszentrums an der Schule am Donnersberg zum Schuljahr 2017/18 gestellt werden soll. Vor Antragstellung waren die auf den Donnersbergkreis entfallenden Kosten zu ermitteln.“

Der zuständige Referent bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Herr Barthen, hat mitgeteilt, dass an der Schule am Donnersberg das Sekretariat ganztags besetzt sein müsse. Das ist derzeit nicht der Fall. Es müsse eine weitere Halbtagskraft beschäftigt oder bei der derzeitigen Mitarbeiterin die Arbeitszeit aufgestockt werden. Die dadurch entstehenden Kosten betragen ca. 23.000 € und sind vom Schulträger zu zahlen (Arbeitgebergesamtkosten für eine Teilzeitkraft mit 50 % der Regelarbeitszeit).

Auch ein weiterer Arbeitsplatz solle an der Schule vorgehalten werden, sodass die von der ADD einzusetzenden Lehrkräfte ihre Übergabeprotokolle und dergl. an diesem gemeinsam genutzten Arbeitsplatz verwahren könnten. Dies wird Kosten von ca. 5.000 € verursachen. Mit weiteren Kosten ist nicht zu rechnen. Dies wurde von der Schule auch so bestätigt.“

Christa Mayer (SPD) begrüßt diesen Schritt. Sie schlägt vor, bei der Konzepterstellung auch die weiterführenden Schulen mit einzubeziehen.

Landrat Werner verspricht dies in einem Gespräch mit der Förderschule zu erörtern. Er hält es ebenfalls für eine gute Idee, Vertreter aus dem Bereich der weiterführenden Schulen, sowie auch aus dem Grundschulbereich hinzuzuziehen, die an der Konzepterstellung mitwirken.

#### II. Beschluss:

Der Kreisausschuss des Donnersbergkreises nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag auf Errichtung eines Förder- und Beratungszentrums zum 15.03.2017 gestellt wird. Die vom Donnersbergkreis

zu tragenden Kosten umfassen eine halbe Sekretariatsstelle und die Ausstattung eines Arbeitsplatzes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Michael Cullmann (SPD) verlässt um 16.20 Uhr die Sitzung.

Landrat Werner dankt den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 16.30 Uhr die Sitzung des Kreisausschusses.

gez.  
Vorsitzender  
(Werner)

gez.  
Schriftführerin  
(Herbrandt)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## **ABSCHLUSS**

Tag der Einladung: 09.02.2017

Tag der Sitzung: 21.02.2017

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.30 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreisausschusses 14

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 13

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreisausschusses 1

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Nachtrag zur  
**NIEDERSCHRIFT**  
über die 21. Sitzung des Kreisausschusses des Donnersbergkreises  
in der 10. Wahlperiode 2014/2019  
in Kirchheimbolanden, kleiner Sitzungssaal  
am Dienstag, den 21. Februar 2017, 15.00 Uhr

In der Sitzung am 28. März 2017 beschloss der Kreisausschuss auf Antrag von Christian Ritzmann (FDP) die Niederschrift der 21. Sitzung vom 21.02.2017 einstimmig wie folgt zu ändern:

TOP 3 „Vergabe zur Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Donnersbergkreis“, Seite 13, der erste Satz der Wortmeldung von Christian Ritzmann wird wie folgt geändert:

***Christian Ritzmann (FDP) ist der Meinung, dass in diesem Bereich Symbolpolitik betrieben wird.***

In der einwendungsbetroffenen Niederschrift wurde durch Randvermerk auf den Nachtrag hingewiesen.

Kreisverwaltung Donnersbergkreis  
Kirchheimbolanden, 03.04.2017  
Im Auftrag  
gez.  
(Herbrandt)  
Schriftführerin

gez.  
(Werner)  
Vorsitzender